

- 5 -

37. Sitzung des Bundesrates vom 20. Mai 1952

Vorsitz: Herr Bundespräsident Kobelt.

Abwesend: Herrn Bundesräte Etter und Rubattel (dienstl.),  
Escher (krank).

Schriftführer: Herren Bundeskanzler Oser und Vizekanzler Weber.

Protokoll: --

Beginn: 09.00 Uhr. Schluss: 10.30 Uhr.

Friedensopfer. Abstimmung über die sozialdemokratische Initiative.

Herr Bundespräsident orientiert über das Ergebnis der Abstimmung. Die Abstimmung über Rüstungsfinanzierung findet nun endgültig am 6. Juli statt.

Herr Petitpierre: Wie sollen wir Propaganda vorbereiten? Jedenfalls möglichst früh, auch wegen Radio.

Herr Weber: Wir wissen nicht genau, wie sich die Opposition abzeichnen wird. Man sollte wissen, wen man zum Gegner hat.

Beschluss: Später entscheiden.

Ausweisung Americo Gigli.

Herr Petitpierre: Italien hat den Mann wieder in den diplomatischen Dienst aufgenommen. Das Justiz- und Polizeidepartement glaubt, dass die Ausweisung aufrecht erhalten werden muss. Italien möchte, dass er wenigstens durch unser Land durchreisen kann, wenn er sich in diplomatischer Mission in einen Staat begeben muss, den er am günstigsten über die Schweiz erreicht. Ablehnung dieses Begehrens würde bestimmt als unfreundlicher Akt angesehen. Die Bundesanwaltschaft ist manchmal zu starr. Ich glaube, es gibt keine Schwierigkeiten, wenn wir die Sicherheit haben, dass er nicht mehr bei uns im diplomatischen Dienste verwendet wird. Sollte man nicht hie und da eine Geste machen und hier wenigstens Durchreise erlauben?

Herr Feldmann: Nachdem die italienische Regierung das Gesuch für Aufhebung der Einreisesperre stellt und dieses von einem Mann wie Minister Reale unterstützt wird, und nachdem die Sicherheit geboten ist, dass <sup>Gigli</sup> sich hier nicht dauernd aufhalten will, gebe ich meine Opposition auf.

Wir werden, wie schon früher erklärt, unsere Praxis ändern müssen, indem wir prüfen, ob ein Angriff auf die Schweiz vorgelegen hat.



Ministerzusammenkunft am 6. September.

Die Bundeskanzlei wird beauftragt, den heute abwesenden Herren das Datum der Ministerzusammenkunft mitzuteilen.

Empfang Argentinien am 25. Mai.

Herr Bundespräsident: Obwohl die Einladung auf einen Sonntag fällt, sollte jemand hingehen. Bundeskanzlei soll noch die andern Herren fragen und das Protokoll orientieren.

Hinschied Frau Geissbühler.

Herr Petitpierre wird gehen und Herrn Geissbühler das Beileid des Bundesrates ausdrücken.

Trinkgelder der Weibel.

Herr Petitpierre: Persönlich bin ich gegen Trinkgelder. Wegen der damit verbundenen Komplikationen bei den Parlamentariern und Gesandtschaften lässt man die Angelegenheit am besten wie sie ist.

Herr Bundespräsident: Ich war immer für Aufhebung. Es hat unter den Weibel viel Streitigkeiten gegeben. Die Schwierigkeit liegt beim Parlament. Kann man nicht als Ersatz für Trinkgeld Gehaltszulage geben?

Herr Weber: Wir sollten vollzählig sein, wenn wir darüber beschliessen wollen.

Herr Petitpierre: Man kann dem diplomatischen Corps nicht verbieten, Trinkgelder zu geben.

Herr Bundeskanzler: Auch Gärtner verlangen Beteiligung am Trinkgeld und ebenso die Leute der Baudirektion.

Beschluss: Das Geschäft wird auf eine Sitzung verschoben, an der alle Mitglieder des Bundesrates anwesend sein werden.

Knorr, Nahrungsmittelaktiengesellschaft Thayngen. Empfang einer Abordnung von Schaffhausen.

Herr Weber: Ich habe zusammen mit Herrn Minister Stucki eine Delegation aus Schaffhausen empfangen. Man befürchtet, dass die Fabrik, die wieder unter deutschen Einfluss kommt, ihre Produktion in der Schweiz reduzieren werde. Wir haben gewisse Rat-



schläge erteilt ausserhalb jeder Rechtssphäre. Wir empfehlen eine starke Minderheitsbeteiligung der Schweiz, mit der Bedingung, dass die Leitung in der Hand eines Schweizers bleibt.

Herr Petitpierre: Die Frage wurde von Herrn Nationalrat Bringolf aufgeworfen. Ich habe mit Herrn Hartmann, dem obersten Beamten des Finanzministeriums darüber gesprochen. Dieser hat mit Herrn Minister Holzapfel konferiert. Man wird deutscherseits mit der Firma Knorr sprechen. Es gibt kein Rechtsmittel - auch seitens Deutschlands nicht - um das Gewünschte zu erreichen.

---

Chambre Valaisanne de Commerce.

Herr Bundespräsident: Es wird gewünscht, dass ein Mitglied des Bundesrates an einer Tagung der Handelskammer teilnehmen und dort die Landwirtschaftspolitik des Bundesrates begründe.

Man sollte Herrn Escher anfragen und wenn er nicht abkömmlich ist, den Bundesrat entschuldigen.

---

Nächste Sitzung.

Die Freitagsitzung fällt aus. Nächste Sitzung Montag, den 26. Mai 1952.

---

Bundeskanzlei:

Volksabstimmung über die Rüstungsfinanzierung.

Politisches Departement:

Verlängerung der Mitgliedschaft bei der Europäischen Zahlungsunion.

Herr Bundespräsident: Herr Minister Hotz hält fest an seinem Antrag gegenüber dem Vorschlag von Herrn Zehnder. Das antragstellende Departement soll lit. c noch im Wege der Verständigung bereinigen.

Herr Petitpierre: Ich habe die Herren Zehnder und Hotz gebeten, sich zur Verfügung zu halten, damit wir uns noch einigen. Wir können den neuen Text nicht vor Mittag geben.

Herr Weber: Mit Bereinigung einverstanden.

Es handelt sich um wichtigste finanzielle Angelegenheit. Im Botschaftsentwurf wird die Zahlungsunion nur von der Seite der Vorteile dargestellt.



Politisches Departement:  
(Forts.)

Die Kreditgewährung des Staates für Aussenwirtschaft kann nicht endlos weitergehen, und man soll sich überlegen, wie man das einmal ablöst.

Mit der EPU-Milliarde weiss man nicht, wie das weitergehen wird. Die Zahlungsunion kann eines Tages auseinanderbrechen. Ich halte es für unerlässlich, dass der Bundesrat in der Botschaft zum Ausdruck bringt, dass er Bedenken hat, sonst wird man uns vorwerfen, wir hätten die Schwierigkeiten nicht erkannt.

Von Anfang an ist aufgefallen, dass in der Wirtschaftsdelegation als einziger Vertreter der Wirtschaft Herr Homberger berücksichtigt ist. Das gibt seinem Verband ein Uebergewicht von Anfang an. Die Verwaltung sollte aber mit allen Wirtschaftsorganisationen in Verbindung stehen.

Herr Petitpierre: Ich verstehe die Bedenken und teile sie. Die Wirtschaft dieser Länder ist heute noch kriegsgeschwächt. Diese Situation wird noch einige Zeit dauern. Wir können nicht heute schon die Banken einschalten. Die Privatwirtschaft muss zuerst gewisse Garantien haben, bevor sie Geld ins Ausland schickt.

Man kann diese Kredite an das Ausland nicht vergleichen mit der Clearingmilliarde. Alle diese Staaten haben (mit Ausnahme Deutschlands) ihre Schulden bezahlt. Gegenüber Grossbritannien haben wir einen Verlust aus der Pfundabwertung. Man kann also nicht sagen, dass die gewährten Kredite nichts sind. Wir werden schon noch eine Formulierung finden, die Herrn Weber passt. Wir können nicht wohl in der Botschaft schreiben, das Geld, das wir ins Ausland geben, betrachten wir als gefährdet.

Ueber die ständige Wirtschaftsdelegation hat man schon öfters gesprochen. Herr Weber soll diese Frage einmal in unserer bundesrätlichen Delegation zur Sprache bringen.

Es ist klar, dass Herr Homberger grossen Einfluss hat auf die Politik der



Politisches Departement:  
(Forts.)

Handelsabteilung. Ich glaube aber, dass es sehr schwer ist, dieses System durch etwas anderes zu ersetzen. Es hat keinen Sinn, heute darüber zu diskutieren. Wir werden die Sache in der Delegation vorbesprechen und sie nachher im Bundesrat behandeln.

Herr Feldmann: Die Differenz besteht lediglich darin, in welcher Form wir Bedenken zum Ausdruck bringen sollen. Man sollte andeuten, dass wir auch an die negative Seite gedacht haben.

Wir könnten die Botschaft verabschieden. Wenn sich die Departemente nicht einigen können, soll der Bundesrat entscheiden.

Zu diesen Bedenken gehört einmal, dass die Zugehörigkeit zur Zahlungsunion einer der Hauptangriffspunkte auf die Schweiz ist. Man behauptet, sie werde dadurch aus ihrer Neutralitätspolitik hinausgedrängt.

Herr Bundespräsident: An sich ist es richtig, dass Vor- und Nachteile dargestellt werden. Wenn wir aber erreichen wollen, dass wir weiterfahren können, dann dürfen wir die Nachteile nicht überbetonen.

Wir beschliessen also, dass die Botschaft verabschiedet ist, sofern eine Einigung unter den drei Departementen möglich ist.

Militärdepartement:

Begnadigungsgesuch Leu und Küng.

Herr Bundespräsident: Soll die Presse über den Fall Leu orientiert werden?

Herr Petitpierre: Wir haben während Jahren eine Praxis verfolgt, die Presse nicht zu orientieren, wenn wir Begnadigungsgesuche ablehnen. Anders ist es, wenn wir dem Gesuche entsprechen.

Herr Feldmann: Man muss unterscheiden zwischen gewöhnlichen Fällen und allgemein interessanten Fällen. Der Fall der deutschen Saboteure war ein Fall für sich. Der Fall Leu eignet sich nicht, um die Praxis zu ändern.



Militärdepartement:  
(Forts.)

Herr Bundespräsident: Man hat in der Presse kritisiert, dass die Deutschen zu früh begnadigt worden seien. Wir sollten zeigen, dass wir Unterschiede machen.

Herr Weber: Wenn wir jetzt etwas bekannt geben, glaubt die Öffentlichkeit, dass wir das nur machen, wegen der Pressekritik.

Beschluss: Die Presse wird nicht orientiert.

Herr Weber: Wäre es nicht einmal gegeben, dass man der Presse Aufklärung gibt über die Praxis.

Herr Feldmann: Zwei Zeitungen haben das Justiz- und Polizeidepartement angegriffen und behauptet, die Sache sei im Departement ausgeknoblet worden. Das Politische Departement sei vor ein fait accompli gestellt worden.

Man kann im Brief an die "Nation" noch Ergänzungen anbringen.

Herr Petitpierre: Ich habe beide Entwürfe erhalten. Es ist etwas heikel. Herr v. Steiger ist deshalb angegriffen worden, weil Journalisten ihm eine Frage gestellt haben wegen des Vorgehens der Deutschen in dieser Angelegenheit. Herr v. Steiger soll ihnen erklärt haben, dass die Presse orientiert werden wird zur gegebenen Zeit. Ein Mitarbeiter auf dem Politischen Departement wurde gefragt, ob man das Departement angefragt habe. Er hat das verneint. Ich war aber darüber natürlich als Chef orientiert. Man sollte daher noch einige Präzisierungen geben. Ich will mich mit den Journalisten über die Angelegenheit ~~des~~ Herrn v. Steiger noch aussprechen.

Kleine Anfrage Scherrer.

Finanz- und Zolldept.: Zollerhöhung für Holzabsätze.

Volkswirtschaftsdept.: Wirtschaftsverhandlungen mit der Tschechoslowakei.

Entspannung der Beschäftigungslage im Baugewerbe.